

A19NEU (Ä1,2,3,4,5,6) Zeitenwende endlich auch finanzpolitisch umsetzen: Schuldenbremse reformieren, Investitionen vorantreiben

Antragsteller*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Teil I

2 Der Landesparteitag stellt fest:

3 Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und die größte
4 Volkswirtschaft in Europa. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten hat
5 Deutschland mit aktuell ca. 64% eine niedrige Schuldenquote. Innerhalb der G7-
6 Staaten gibt es außer Deutschland kein Land mit einer Schuldenquote von unter
7 100%, Japan liegt gar bei ca. 260%, der europäische Durchschnitt bei der
8 Schuldenstandsquote liegt bei 83%. Im nationalen historischen Vergleich hatte
9 Deutschland im Jahr 2010 infolge der Finanzkrise eine Schuldenquote von über 80%
10 und damit eine deutlich höhere Schuldenquote als heute. Dieser Trend einer seit
11 2010 sinkenden Schuldenquote setzt sich aktuell fort und wird unter
12 konservativen Annahmen von 1% realem Wachstum und 2% Inflation pro Jahr
13 voraussichtlich bis 2040 auf 40% sinken, trotz der kurzen Unterbrechung durch
14 die fiskalische Expansion im Zuge der Corona Pandemie. Auch die Zinskosten für
15 10-jährige Bundesanleihen haben sich nach einem Anstieg seit Beginn des Jahres
16 2022 wieder abgesenkt und liegen aktuell bei knapp über 2%. In den Jahren vor
17 2022 waren die Zinsen gar negativ, Deutschland hat also Geld dafür bekommen,
18 sich Geld zu leihen. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten kann Deutschland
19 sehr günstig Kredite aufnehmen. So liegen beispielsweise die Zinskosten für die
20 USA aktuell bei ca. 4%.

21 Trotz der vergleichsweise sehr soliden Staatsfinanzen und der nicht in Zweifel
22 gezogenen Tragfähigkeit deutscher Schulden gibt es massive Investitionsbedarfe
23 in die Infrastruktur, das Bildungssystem, die Digitalisierung und die
24 Transformation der deutschen Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität. In den
25 2010er-Jahren wurden die Investitionen in die deutsche Infrastruktur
26 vernachlässigt. Allein um den staatlichen Investitionsstau aufzuholen, müssten
27 nach einer Schätzung aus 2019 ca. 460 Mrd. € zusätzlich über einen Zeitraum von
28 10 Jahren investiert werden. Die KfW schätzte im Jahr 2022 die Bedarfe an
29 gesamtwirtschaftlichen Klimaschutzinvestitionen (öffentlicher und privater
30 Sektor) auf eine Höhe von insgesamt rund 5 Billionen EUR bis Mitte des
31 Jahrhunderts. Dies sind knapp 200 Mrd. EUR jährlich an gesamtwirtschaftlichen
32 Klimaschutzinvestitionen. Da der Anteil an staatlichen Investitionen ca. 10
33 Prozent beträgt, werden allein die öffentlichen Investitionsbedarfe zur
34 Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 auf knapp 500 Mrd. EUR
35 geschätzt. Öffentliche Investitionen hebeln private Investitionen und geben
36 Planungssicherheit. Durch die Transformation hin zur Klimaneutralität werden die
37 Investitionsbedarfe - zusätzlich zu denen, die bereits heute durch fehlende
38 Investitionen in der Vergangenheit bestehen - also noch einmal deutlich erhöht.

39 Die Folgen von ausbleibenden Investitionen spüren wir bereits heute. Als
40 Beispiel für eine marode Infrastruktur gelten neben der Deutschen Bahn und ihrem
41 kaputt gesparten Schienennetz auch die maroden Autobahnbrücken. Auch bei der

42 Digitalisierung hinken wir hinterher. Der Anteil von Glasfaseranschlüssen in
43 Deutschland liegt bei 10% und damit weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten
44 von 41%. Außerdem gibt es weiterhin Teile Deutschlands, die über keinen oder nur
45 unzureichenden Mobilfunkempfang verfügen. Ähnlich verhält es sich bei den Themen
46 innere und äußere Sicherheit. Die Bundeswehr ist mit ihrer aktuellen Ausstattung
47 nur eingeschränkt einsatzbereit. Investitionen in Cybersicherheit, Polizei- und
48 Zollbehörden sowie die Infrastruktur der Zukunft wie Netzausbau und
49 Wasserstoffwirtschaft wurden systematisch vernachlässigt. Die letzten PISA-
50 Ergebnisse und weitere Erhebungen zur Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems
51 haben uns zudem ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und besorgniserregende Trends
52 offenbart. Verglichen mit vielen europäischen Nachbarn gibt Deutschland deutlich
53 weniger für Bildung aus: 5,12 % des BIP (2020) im Gegensatz zu Schweden (7,34
54 %), Dänemark (6,86 %) oder Belgien (6,71 %). Lägen unsere Investitionen in
55 Bildung auf dem schwedischen Niveau, müsste Deutschland jährlich rund 90
56 Milliarden Euro mehr als bisher ausgeben. Gerade Deutschland als drittgrößte
57 Volkswirtschaft der Welt, deren Erfolg als rohstoffarmes Land erheblich von
58 klugen und gut ausgebildeten Köpfen abhängt, hat investiv massiven
59 Nachholbedarf. Diese Liste ließe sich weiter fortführen.

60 Wenn wir wichtige Zukunftsinvestitionen weiterhin hinauszögern, stehen die
61 Resilienz unserer Gesellschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit
62 unserer Volkswirtschaft auf dem Spiel. Andere Länder investieren enorm in
63 Zukunftstechnologien, die den Wohlstand von morgen sichern. Während die
64 Vereinigten Staaten mit dem Inflation Reduction Act ein 369 Milliarden Dollar
65 schweres Innovationspaket geschnürt haben, wirkt die deutsche Schuldenbremse als
66 Wachstums- und Investitionsbremse mit nachhaltig negativen Auswirkungen für
67 unsere Wettbewerbsfähigkeit. Im internationalen Wettbewerb können wir es uns
68 nicht leisten, uns in der Krise prozyklisch kaputt zu sparen.

69 Der Staat gibt viel Geld für Subventionen aus, die seinen Zielen entgegenstehen.
70 Allein die Höhe an klimaschädlichen Subventionen liegt im mittleren bis hohen
71 zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr. Diese Subventionen fördern weiterhin
72 klimaschädliches Verhalten. Sie bewirken zudem, dass der CO₂-Preis nicht seine
73 volle Wirkung entfalten kann. Es gibt aber auch weitere Fehlanreize, die ein
74 Umsteuern in der Steuerpolitik nötig machen. So werden Löhne und Gehälter mit
75 Einkommensteuer und Sozialabgaben deutlich stärker belastet als leistungsloses
76 Einkommen aus Kapitalerträgen, auf das nur 25% Steuer erhoben werden. Auch im
77 Vergleich mit anderen reichen Ländern ist die Belastung von Arbeit sehr hoch. Um
78 für Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite Anreize zu setzen, muss dieses
79 Missverhältnis verringert werden, auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel. Da
80 die Erbschaftsteuer direkt in die Haushalte der Länder fließt, kommt ihr zudem
81 bei der Finanzierung von Investitionen auf Landesebene eine hohe Bedeutung zu.

82 Länder und Kommunen sehen sich mit den beschriebenen Herausforderungen in
83 besonderem Maße konfrontiert. Einerseits besteht eine noch größere finanzielle
84 Einschränkung im Vergleich zum Bund, da praktisch keine Spielräume zur
85 Verbesserung der Einnahmen bestehen und die Schuldenbremse den Ländern keine
86 Nettokreditaufnahme über konjunkturellen Schwankungen hinaus ermöglicht.
87 Andererseits besteht auf der Landesebene (z.B. bei der (frühkindlichen) Bildung,
88 bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, dem Schienenverkehr,
89 Investitionen im Gesundheitswesen und der Transformation der Wirtschaft) und der
90 kommunalen Ebene (z.B. Zuwanderung, Infrastruktur) besonders großer
91 Finanzierungsbedarf. Es sind auch die Ebenen, auf denen die Menschen die

92 fehlenden Investitionen der Vergangenheit besonders spüren. Es ist eben
93 unmittelbar erfahrbar, wenn der ÖPNV nicht fährt oder die Schulklos nicht
94 funktionieren.

95 Besonders bemerkbar sind diese fehlenden Investitionen für die jungen
96 Generationen. Die Schuldenbremse wird stetig mit dem Wort
97 „Generationengerechtigkeit“ assoziiert. Dabei zeigen die angeführten mangelnden
98 Investitionen schon jetzt, dass die Schuldenquote nicht der einzige Messwert für
99 Generationengerechtigkeit sein kann. Nicht nur führen die Sparkurse der letzten
100 Jahrzehnte zu immer höheren Infrastrukturschulden für die kommenden
101 Generationen, auch jetzt entstehen bereits Ungerechtigkeiten, unter der die
102 jungen Generationen zu leiden haben. Unterricht im Lernumfeld teils maroder
103 Schulen, bei welchen die Bauart vielerorts nicht mehr den Bedarfen eines
104 modernen Unterrichts entspricht und die Vorbereitung auf unsere digitale Welt
105 bleibt auf Grund mangelnder Digitalisierung auf der Strecke. Infrastrukturmängel
106 im ÖPNV beeinflussen die Mobilität der jungen Generationen, denn diese sind auf
107 gut funktionierende öffentliche Verkehre angewiesen, um eigenständig mobil zu
108 sein. Auch fehlende Investitionen in die Transformation der Wirtschaft wirken
109 sich am stärksten auf die jungen und kommenden Generationen aus, denn diese
110 sichern nicht nur unser Klima und damit unsere Lebensgrundlage, sondern auch
111 unseren Wohlstand. Nur durch Transformation und Anpassung kann die deutsche
112 Wirtschaft von morgen stark und wettbewerbsfähig sein und damit auch ein
113 sicherer und guter Arbeitgeber. Es zeigt: Die Generationengerechtigkeit darf
114 nicht nur theoretisch an der Fiskalpolitik gemessen werden, sondern muss auch
115 praktisch an der Lebensrealität der kommenden Generationen orientiert sein.

116 Notlagen, die ein Aussetzen der Schuldenbremse ermöglichen, enden leider nie am
117 31.12. des Jahres, in dem sie begannen. Krisen kennen kein Kalenderjahr. Dies
118 nicht im Regelwerk zu berücksichtigen, kann zu über Nacht wegbrechenden
119 Unterstützungsmaßnahmen führen.

120 Problematisch ist auch die Konjunkturbereinigung in ihrer aktuellen Form, da
121 sich die Potenzialschätzung nach der aktuellen Methodik bei großen Schocks an
122 den tatsächlichen BIP Verlauf anpasst und so die Spielräume für Kreditaufnahme
123 sinken.

124 Wir haben in Deutschland also nicht nur einen großen Investitionsstau angehäuft,
125 sondern auch enorme zusätzliche Investitionsbedarfe im Umfang von hohen
126 zweistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr bis zur Mitte des Jahrhunderts.
127 Gleichzeitig haben wir eine extrem vorteilhafte Position am Kapitalmarkt, um
128 auch kreditfinanzierte Investitionen zu tätigen, die nicht nur hohe Renditen
129 erwarten lassen, sondern auch unsere Zukunftsfähigkeit sichern. Unsere aktuellen
130 Fiskalregeln lassen es nicht zu, sinnvolle Verschuldungsmöglichkeiten besser für
131 Investitionen zu nutzen. Auch die Länder und Kommunen, denen eine besondere
132 Rolle zukommt, können nur sehr eingeschränkt handeln. Auf Kosten einer übermäßig
133 zurückgeführten finanziellen Schuldenquote drohen massive Infrastruktur- und
134 Klimaschulden für kommende Generationen.

135
136 Um die Europäische Union bis spätestens 2050 klimaneutral, unsere Wirtschaft
137 global wettbewerbsfähig und unsere Infrastruktur moderner zu machen, müssen wir
138 europaweit in den nächsten Jahren mehrere hundert milliarden Euro investieren.
139 Gute öffentliche Infrastruktur, wie bspw. ins Schienen- oder Stromnetz, ist die

140 Grundlage für ein klimaneutrales Europa. Ohne verstärkte öffentliche
141 Investitionen, werden private Investitionen nicht folgen.

142 Daher setzt sich der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
143 dafür ein, die notwendige Zeitenwende nun auch finanzpolitisch zu vollziehen.
144 Hierzu muss die Schuldenbremse zügig reformiert werden, um eine
145 Investitionsoffensive in die relevanten Zukunftsbereiche ermöglichen zu können.
146 Darüber hinaus müssen auch steuerliche Fehlanreize beseitigt und für mehr
147 Steuergerechtigkeit gesorgt werden.

148 Teil II

149 Der Landesparteitag beschließt,

150 kreditfinanzierte Investitionen: Update der Schuldenbremse für eine zukunfts-
151 und generationengerechte Finanzpolitik

152 Zur Finanzierung der nötigen Zukunftsinvestitionen liegen zahlreiche Vorschläge
153 für eine Reform der Schuldenbremse aus der Breite der Gesellschaft auf dem
154 Tisch. Der Sachverständigenrat hat eine einstimmige Empfehlung vorgelegt und
155 selbst die CDU-Ministerpräsidenten zeigen sich offen für eine Reform der
156 aktuellen Schuldenregeln. Die Vorschläge reichen dabei von einer goldenen Regel
157 für Investitionen über eine Reform der Konjunkturkomponente bis zur Einführung
158 von Übergangsfristen nach Notsituationen.

159 Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion der Vorschläge, um einerseits
160 Deutschlands fiskalische Solidität zu gewährleisten und andererseits den Abbau
161 der Infrastruktur- und Klimaschulden zu ermöglichen. Nur ein Ausbalancieren
162 dieser Ziele ist auf Dauer generationengerecht. Aktuell liegt die Priorität
163 einseitig auf der fiskalischen Solidität, was eine unnötig starke und schnelle
164 Rückführung des Schuldenstandes auf Kosten von (Zukunfts-) Investitionen zur
165 Folge hat.

166 Wir werden uns daher im Bundestag und im Bundesrat dafür einsetzen, die
167 Schuldenbremse zügig zu reformieren und für die notwendigen
168 Zukunftsinvestitionen zu öffnen.

169 Für einen Deutschland-Investitionsfonds

170 Wir erneuern auch die Forderung nach einem Deutschland-Investitionsfonds für
171 Bund, Länder und Kommunen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen an
172 einem Strang ziehen und in Deutschland auch kreditfinanzierte Investitionen
173 mobilisieren, die langfristig abgesichert werden. Dies schafft
174 Planungssicherheit für die Transformationsprozesse, die durch den russischen
175 Angriffskrieg und die Klimakrise nötig sind. Für den Zusammenhalt und die
176 Akzeptanz in der Gesellschaft ist es wichtig, dass Schulen und Krankenhäuser
177 modern, Züge pünktlich und Wohnungen erschwinglich sind.

178 Investitionsbedarfe erfassen – für eine zukunftsorientierte
179 Infrastrukturpolitik Als Grundlage für zielgerichtete Investitionen bedarf es
180 eines allumfassenden Überblicks und Monitorings. Aus diesem Grund unterstützen
181 wir die Forderung nach einem regelmäßigen Infrastrukturbericht in Zusammenarbeit
182 von Bund und Ländern, der den aktuellen Leistungs- und Qualitätsstand aller
183 Infrastrukturbereiche sowie die getätigten Investitionen darstellt. Weitergehend
184 soll der Bericht zukünftig eine langfristige Investitionsbedarfsanalyse

185 umfassen. Dies ermöglicht eine Investitionspolitik mit Weitsicht, die
186 zukunftsgerichtete Entscheidungen für eine dauerhafte Qualitätsverbesserung der
187 öffentlichen Infrastruktur trifft und den Nutzen von Infrastrukturprojekten über
188 ihre gesamte Lebensdauer für die heutigen und kommenden Generationen
189 berücksichtigt.

190 Finanzielle Spielräume auf Landesebene erweitern

191 Um Schleswig-Holstein kurzfristig zusätzliche Spielräume für Investitionen zu
192 ermöglichen, wollen wir den ursprünglich vorgesehenen Spielraum für die
193 strukturelle Neuverschuldung der Länder in der Schuldenbremse einführen und
194 Übergangsfristen nach Notsituationen schaffen. Es handelt sich dabei um eine
195 Anpassung der Schuldenregeln für Bund und Länder, die der politischen Realität
196 von Krisen Rechnung tragen würde. Außerdem wollen wir die Möglichkeit
197 zusätzlicher Investitionen durch Gründung landeseigener
198 Infrastrukturgesellschaften nutzen.

199 Aktuell erlaubt die Schuldenbremse den Ländern keine strukturelle
200 Neuverschuldung. Wir wollen die eigentlich vorgesehene - aber im Zuge der
201 Verhandlungen über die Ausgestaltung der Schuldenbremse im Jahr 2009
202 ausgeschlagene - strukturelle Neuverschuldung von bis zu 0,15% des BIP für die
203 Länder einführen. Ohne diese Verschuldungsmöglichkeit wird den Ländern die
204 Möglichkeit genommen, wichtige Investitionen zu tätigen. Zudem wird der
205 Spielraum für politische Entscheidungen, deren gesellschaftliche Renditen weit
206 über den zu zahlenden Zinskosten liegen, extrem eingeengt. Die Tragfähigkeit der
207 Landesfinanzen wird bei einer strukturellen Neuverschuldung dieser Größenordnung
208 in keiner Weise beeinträchtigt. Die grüne Landtagsfraktion als
209 regierungstragende Fraktion und die grünen Kabinettsmitglieder werden sich im
210 Parlament wie in der schleswig-holsteinischen Landesregierung dafür einzusetzen,
211 dass die schwarz-grüne Koalition eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den
212 Weg zu bringt.

213 Darüber hinaus wollen wir Übergangsregeln nach krisenbedingten Notsituationen
214 einführen. Eine Notsituation endet nicht am 31.12. eines Jahres, sondern läuft
215 mit der Zeit aus und beeinträchtigt auch die Folgejahre. Demzufolge braucht es
216 die Möglichkeit, im Anschluss an eine krisenbedingte Notlage auch in den
217 Folgejahren noch Notkredite aufzunehmen, deren Höhe schrittweise reduziert wird.
218 Damit wäre es möglich, ohne erneut eine Notlage erklären zu müssen Krisenfolgen
219 effektiv weiter zu bekämpfen und zu einer Rückkehr zur Normalität ohne harte
220 Landung zu kommen.

221 Solange die Schuldenbremse noch nicht reformiert ist, ist es richtig, die
222 vorhandenen Verschuldungsmöglichkeiten aktiv zu nutzen. Das Land befindet sich
223 aufgrund der multiplen Krisen und der Maßnahmen zu Bekämpfung nach wie vor in
224 einer finanziellen Notlage befindet. Daher ist es konsequent, dass der Landtag
225 beschlossen hat, auch 2024 mit Notkrediten zu arbeiten. Unser Ziel ist es, das
226 Land weiterhin gut durch die Krisenjahre zu führen und finanzielle Zusagen die –
227 aus Notkrediten finanziert - an die Kommunen gemacht wurden, einzuhalten. Mit
228 den Maßnahmen werden u.a. Krankenhäuser gestärkt, der Ausbau der
229 Schulinfrastruktur und der Ganztagsbetreuung vorangebracht, der ÖPNV unterstützt
230 und die Wärmewende in den Kommunen vorangetrieben. Dass die SPD diese
231 ursprünglich gemeinsam beschlossenen. Maßnahmen nicht mehr mitträgt und
232 gemeinsam mit der FDP eine Klage gegen den Notkredit 2024 prüft, ist ein nicht

- 233 nachvollziehbarer Kurswechsel der Sozialdemokraten und wird der derzeitigen
234 Verantwortung in Zeiten multipler Krisen nicht gerecht.
- 235 Investitionen ankurbeln - Gründung landeseigener Infrastrukturgesellschaften
- 236 Ein weiterer Hebel für zusätzliche Investitions- und Verschuldungsspielräume der
237 Länder sind Infrastrukturgesellschaften im Landesbesitz. Ähnlich wie Defizite
238 der Sozialversicherungen nicht dem Bund und Defizite der Kommunen nicht den
239 Ländern zugerechnet werden, werden Defizite selbstständiger (privat- oder
240 öffentlich-rechtlicher) Einheiten nach Art. 109 Abs. 3 GG nicht der Verschuldung
241 des Landes (oder des Bundes) zugerechnet, wenn sie über eigene Sachaufgaben
242 verfügen. Für die tatsächliche Ausgestaltung einer Infrastrukturgesellschaft
243 sind rechtliche, finanzpolitische und organisatorische Fragen zu klären. Wir
244 wollen daher, dass die Landesregierung ein Konzept entwickelt für zusätzliche
245 Finanzspielräume durch die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur und anderer
246 Investitionen in landeseigenen Infrastrukturgesellschaften.
- 247 Investitionsspielräume der Kommunen erhöhen
- 248 Ein großer Teil der Investitionen für Klimaschutz, Verkehr, Bildung und
249 Kinderbetreuung werden auf kommunaler Ebene entschieden und dort (mit-
250)finanziert. Für die Kommunen gibt es bisher keine Schuldenbremse. Allerdings
251 müssen kommunale Investitionskredite von der Kommunalaufsicht nach
252 finanzpolitischen Regeln über deren dauerhafte Leistungsfähigkeit genehmigt
253 werden. Diese Regeln sind in Schleswig-Holstein so gestaltet, dass sie die
254 finanziellen Spielräume der Kommunen einschränken. Wir wollen daher die
255 Gemeindehaushaltsverordnung und den erläuternden Erlass überarbeiten mit dem
256 Ziel einer Anpassung der Genehmigungsfähigkeit von kommunalen
257 Investitionskrediten an das, was für eine langfristig finanzierbare
258 Haushaltspolitik auch tatsächlich notwendig ist.
- 259 Für eine gerechtere Steuerpolitik: Große Vermögen konsequent besteuern,
260 Einkommen entlasten
- 261 Die Steuerpolitik ist Fundament staatlicher Investitionen. Um diese zu
262 ermöglichen, wollen wir große Vermögen besser besteuern, Lücken in der
263 Besteuerungspraxis schließen und Finanzkriminalität stärker bekämpfen.
264 Gleichzeitig wollen wir kleine und mittlere Einkommen entlasten.
- 265 Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland besonders hoch. Während die ärmere
266 Hälfte der BürgerInnen praktisch kein Vermögen hat, besitzen die reichsten 10%
267 mehr als doppelt so viel wie die restlichen 90%. Damit liegt Deutschland im
268 internationalen Vergleich in der Spitzengruppe.
- 269 Im Steuersystem spielen vermögensbezogene Steuern jedoch kaum eine Rolle: Die
270 Erbschafts- und Schenkungssteuer macht ca. 1% des Steueraufkommens aus, eine
271 Vermögenssteuer gibt es nicht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Arbeit einen
272 besonders hohen Anteil an der Steuerlast tragen muss. Auch hier ist Deutschland
273 im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Dabei mindert eine starke
274 Belastung von Arbeit die Produktivität einer Volkswirtschaft, da viele
275 ArbeitnehmerInnen weniger arbeiten, als sie eigentlich wollen.
- 276 Hier wollen wir gegensteuern: Vermögensbezogene Steuern sollen in Zukunft eine
277 größere Rolle spielen; Arbeit wollen wir entlasten. Hier hat die Vermögens- und
278 Erbschaftssteuer eine besondere Relevanz. Dieser wird sie in ihrer aktuellen

279 Form allerdings nicht gerecht, Reformen sind daher dringend notwendig. Da die
280 Einnahmen aus der Schenkungs- und Erbschaftssteuer den Ländern zukommen, stärkt
281 eine Reform insbesondere die Spielräume der Länder.

282 Die Erbschaftssteuer fairer gestalten

283 Die Erbschafts- und Schenkungssteuer besteuert die Weitergabe von besonders
284 großen Vermögen. Mit hohen Freibeträgen wird sichergestellt, dass
285 durchschnittliche Erbschaften steuerfrei bleiben. Auch selbstgenutztes
286 Wohneigentum kann weitestgehend steuerfrei verschenkt oder vererbt werden.
287 Dieses Prinzip wollen wir beibehalten.

288 Die Erbschaftssteuer ist jedoch ein Flickenteppich an Ausnahmen, die ungerecht
289 sind und zu Mindereinnahmen führen. Ein Beispiel dafür ist die
290 Verschonungsbedarfsprüfung bei der Vererbung von Unternehmensanteilen, die es
291 den Empfängern ermöglicht, ihre Steuerlast zu reduzieren. Dies führt zu dem
292 widersinnigen Effekt, dass der Steuersatz auf die größten Erbschaften niedriger
293 ist als auf durchschnittliche Erbschaften.

294 Wir setzen uns für eine konsequente Vereinfachung der Schenkungs- und
295 Erbschaftssteuer ein. Ausnahmen und Steuerprivilegien für Multimillionenerben
296 gehören abgeschafft. Um die Weitergabe von Unternehmen nicht zu behindern,
297 sollen weitreichende Stundungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die
298 steuerliche Belastung über viele Jahre verteilen können.

299 Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, Spitzensteuersatz erhöhen

300 Wir wollen die große Mehrheit der Erwerbstätigen bei der Einkommensteuer
301 entlasten. Dazu wollen wir den Tarifverlauf so anpassen, dass den Verdienenden
302 kleiner und mittlerer Einkommen mehr Netto vom Brutto bleibt. Diese Entlastung
303 finanzieren wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die höchsten
304 Einkommen, so wie es auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten
305 2022/23 empfohlen hat. Dadurch stärken wir die meisten Haushalte angesichts nach
306 wie vor hoher Preise; gleichzeitig stellen wir sicher, dass Gutverdienende einen
307 angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

308

309

310 Die EU finanziell handlungsfähig machen.

311 Auf europäischer Ebene fordern wir eine investitionsfreundliche Reform des
312 Stabilitäts- und Wachstumspakts (EU Schuldenregeln) um allen EU Mitgliedsstaaten
313 die Möglichkeit zu geben stärker in klimagerechte Infrastruktur zu investieren.

314 Mit einem europäischen Investitionsfonds wollen wir über den EU Haushalt
315 Investitionen anschieben. Wir setzen uns für die Besteuerung von exzessiven
316 Übergewinnen von multinationalen Konzernen und von Finanzspekulation ein. Sie
317 sollen als Eigenmittel dem EU Budget zugeführt werden. Die Initiative von den
318 G20 Staaten Brasilien und Frankreich zur einer globalen Mindeststeuer auf extrem
319 hohe Vermögen wird von uns unterstützt.

Begründung

siehe Teil I

Unterstützer*innen

Tim Alexander Reclam (KV Lübeck); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Stefan Bärenz (KV Herzogtum Lauenburg); Axel Flasbarth (KV Lübeck); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Marcus Jurkat (KV Lübeck); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Ruth Kastner (KV Stormarn); Monika Heinold (KV Kiel); Jasper Balke (KV Lübeck); Sascha Peukert (KV Lübeck); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck); Hansjörg Diers (KV Lübeck); Tobias Preß (KV Lübeck); Marilla Meier (KV Lübeck); Birte Duggen (KV Lübeck); Anke Erdmann (KV Kiel); Patrick Pacula-Glöer (KV Lübeck); Judith Bach (KV Lübeck); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Steffen Regis (KV Kiel); Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Conny Clausen (KV Flensburg); Johannes Albig (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)